Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 9

Artikel: Cabora Bassa - ein Modellfall westlicher Entwicklungspolitik
Autor: Strahm, Rudolf H.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141790

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Auch ein direkter Appell der «FRELIMO» (Befreiungsfront von Mozambique) an *Willy Brandt,* wie ihn die *«Blätter für Deutsche und Internationale Politik»* (August 1970) veröffentlichen, kann sich erst auswirken, wenn in den beteiligten Ländern selbst – in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel – die Erkenntnis durchbricht, dass «die Freundschaft zwischen dem westdeutschen Volk und den Völkern Afrikas viel mehr wert ist als einige Millionen Mark, die ihnen das Siemens-Geschäft zusätzlich einbringt». (Anspielung auf das Projekt des Cabora-Bassa-Staudammes, das ebenfalls der Herrschaft der Weissen über Südafrika dient. Die Firma Siemens ging auf das Geschäft ein, nachdem eine englische und eine schwedische Gesellschaft sich zurückgezogen hatten.) Bereits ist von kirchlicher Seite ein Appell auch an unsere schweizerische Regierung gerichtet worden, das Projekt nicht zu unterstützen.

Ganz allgemein gesprochen, müssen wir zu einer Rangordnung in der Unterstützung von Unternehmungen gelangen, die nicht allein unser Volk, sondern die Völkergemeinschaft und damit die Sicherung des Friedens betreffen. Diese muss als oberstes Prinzip gelten. Nur so lässt sich mit der Zeit eine Unterbindung des Waffenhandels und anderer, Kriege provozierender Machenschaften durchsetzen. Red.

Cabora Bassa – ein Modellfall westlicher Entwicklungspolitik

Eine Bewegung geht um in Europa, die auf ihre Fahnen das neue Stichwort Cabora Bassa gesetzt hat. In Manchester, Oxford, London, Stockholm, Amsterdam, Heidelberg, Paris, Berlin, Genf, Bern arbeiten seit einiger Zeit militante Gruppen, die sich dem Kampf gegen Cabora Bassa verschrieben haben; in zahllosen weiteren Städten laufen Konsultationen zur Bildung neuer Komitees. Das Staudamm-Projekt von Cabora Bassa beginnt nun auch Kirchenparlamente, Gewerkschaftsgremien und Jugendkreise zu beschäftigen, nachdem sich Monate zuvor UNO-Generalversammlung und afrikanische Ministerkonferenzen damit befasst hatten. Englische und schwedische Firmen mussten auf Druck der öffentlichen Meinung und der Regierung ihre Beteiligung an diesem Projekt in Moçambique streichen, das im Endausbau die zweitgrösste Energieleistung der Welt erbringen soll, denn seine Verwirklichung scheint von geschichtlicher Bedeutung zu sein. Die Zukunft des ganzen südlichen Afrika wird sich nicht unbedeutend am Schicksal dieses Dammes entscheiden. Fünfzehn Jahre zuvor hatte ein anderer Damm in Afrika, nämlich der von Assuan, auch weltpolitische Bedeutung erlangt, als es darum ging, ob dieser in der Hauptsache von westlicher oder von östlicher Seite finanziert werden sollte.

Die politischen Folgen der damaligen Entscheide haben wahrscheinlich die Geschichte des Nahostkonflikts bis auf den heutigen Tag stärker als jeder andere Faktor beeinflusst. Riesenstaudämme scheinen also politisch ungemein bedeutsam zu sein, denn sie werden oft nicht nur zum Stauen von Wasser geplant und finanziert.

Fest steht, dass der Cabora-Bassa-Damm, den die Portugiesen in ihrer Kolonie in Moçambique errichten wollen, nicht nur Wasser stauen soll; er soll zugleich die zukünftigen Fluten der Emanzipationsbewegung der afrikanischen Bevölkerung, deren gefährliche Auflehnung gegen die portugiesische Herrschaft schon begonnen hat, für immer aufhalten. Die portugiesische Kolonialverwaltung beabsichtigt, durch die Energieerzeugung in der Provinz Tete und in der ganzen Kolonie mehrere Dutzend ausländischer Investoren anzulocken, die die reichen Mineralvorkommen (Kohle, Eisen, Kupfer, Mangan, Fluorite, Beryllium, Chrom, Graphit, Magnetit, Nickel, Titan und Erdöl) ausschöpfen sollen. Durch diese Minen und durch die landwirtschaftliche Bewässerung wollen die Kolonialherren bis 1990 zusätzlich eine Million weisser Siedler aus Portugal und dem übrigen Europa importieren, um endlich ein sicheres Bollwerk gegen die nationalistischen Tendenzen der schwarzen Mehrheit errichten zu können.

In der Tat steht die portugiesische Kolonialherrschaft in Moçambique, wo knapp 200 000 Weisse rund 7 Millionen Afrikaner beherrschen, auf wackligen Füssen, so dass Portugal allen Grund hat, um die langfristige Stabilität zu bangen. Als letzte Kolonialmacht in Afrika, zugleich selber das wirtschaftlich und sozial rückständigste Land Europas, betreibt Portugal die wirtschaftliche Ausbeutung von Angola, Moçambique und Guinea-Bissao wie zur Zeit des klassischen Kolonialismus. Die Kolonien werden offiziell als «überseeische Provinzen» bezeichnet, um die Kolonialfrage als eine innerstaatliche Angelegenheit deklarieren zu können. Damit dienen sie dem Mutterland als geschützter Absatzmarkt für seine sonstwo konkurrenzunfähigen Produkte; durch ihre Mineralexporte dienen sie als Devisenlieferant und ebenso zur Absorbierung des demographischen Überschusses der Metropole. Die afrikanischen Arbeitskräfte dienen als billige Reservearmee für die Minen und Baumwollplantagen der Siedler. Die gesetzlichen Mindestlöhne der Afrikaner liegen, je nach Sektor, drei- bis zehnmal unter den Lohnsätzen gleichwertiger weisser Arbeiter. Die bürgerlichen Rechte besitzt nur, wer lesen und schreiben kann, den katholischen Glauben besitzt und über ein festgelegtes Geldeinkommen verfügt. Dies bedeutet, dass nicht einmal alle weissen Siedler stimmberechtigt sind. Von der afrikanischen Bevölkerung waren bei den letzten Wahlen weniger als ein halbes Prozent stimmberechtigt, die sogenannten Assimilados – die Assimilierten. Das Alphabetisierungsniveau der Afrikaner wird systematisch tief gehalten: 95 bis 98 Prozent der Afrikaner sind Analphabeten, den schwarzen Kindern stehen ausschliesslich die Primarschulen der katholischen Missionen

zur Verfügung, die nur eine rudimentäre Ausbildung vermitteln. Die staatlichen Schulen sind den Portugiesen und den Assimilados vorbehalten. In den drei staatlichen Mittelschulen von Moçambique sind nur 6 Prozent Afrikaner, im Gymnasium der Hauptstadt Laurenço Marques und in der Universität studieren zwischen zwei und drei Dutzend schwarze Studenten aus Assimilado-Familien – als Vertreter einer Bevölkerung von 7 Millionen Afrikanern. Die katholische Kirche und ihre Missionen, welchen nach einem Konkordat von 1940 die Ausbildung der Schwarzen zusteht, unterhält keine einzige Mittelschule für Afrikaner. Im übrigen trägt die katholische Kirche ihren positiven Beitrag zur ideologischen Legitimierung der Kolonialherrschaft bei.

Zur Sicherung des kolonialen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems unterhält Portugal allein in Moçambique eine Armee von 60 000 Mann, die zumeist von der Nato ausgerüstet ist und gerade in den letzten Monaten zur Bekämpfung der bewaffneten Befreiungsbewegung Frelimo intensiv eingesetzt wurde. Die Frelimo, deren politisches Zentrum sich in Dar-es-Salaam, der Hauptstadt des benachbarten Tanzania, befindet, behauptet, einen Sechstel des Territoriums zu kontrollieren. Diese Befreiungsbewegung, die 1962 vom Soziologen und evangelischen Theologen Eduardo Mondlane (ermordet 1969) gegründet wurde, versteht sich nicht nur als Befreiungsarmee, sondern als zukünftige Regierung. Sie begann sehr früh, in den befreiten Gebieten Schulen und Lokalverwaltungen einzurichten. In letzter Zeit haben sowohl die Guerillas als auch die Zivilbevölkerung unter intensivierten Luftangriffen der Portugiesen mit Napalm, von Helikoptern aus abgeworfen, zu leiden.

Cabora Bassa widerspiegelt nicht nur Portugals Absichten. Das Projekt deckt darüber hinaus als Modellfall eines modernen Kolonialismus die internationalen Verflechtungen und die Interessen des internationalen Kapitals auf. Hauptabnehmer der elektrischen Energie wird Südafrika sein, gefolgt vom ebenso rassistischen Rhodesien und von dem durch den brutalen Diktator Banda beherrschten Malawi. Die südafrikanische Anglo-American-Corporation des Harry Oppenheimer ist zum Hauptträger des Baukonsortiums für Cabora Bassa erkoren worden, nachdem ein amerikanisches und ein englisches Konsortium bei der Ausschreibung unterlegen waren. Schon Jahre zuvor hatten südafrikanische Minenkönige begonnen, ihr Imperium durch Neuinvestitionen nach Moçambique auszudehnen. Dafür schickt Portugal jährlich 160 000 afrikanische Arbeiter in die Minen des benachbarten Transvaal und kassiert jährlich 5 Millionen Franken Kopfgebühren, daneben die in Gold erhobenen Steuern dieser Arbeiter – ein System modernen Sklavenhandels, das vom Internationalen Arbeitsamt zu Recht als Verstoss gegen die Menschenrechte verurteilt wurde. Die südafrikanische Armee beschützt als Gegenleistung heute in der Provinz Tete, wo der Damm gebaut werden soll, Moçambiques Grenze

gegen Sambia. Die Verwirklichung diese Projekts wäre allerdings nicht möglich ohne massive Finanzierungsbeteiligungen und Materialliefe-rungen westlicher Industrieländer, aus welchen nach dem Aussteigen englischer und schwedischer Lieferanten noch bundesdeutsche (AEG, BBC, Siemens, Hoch-Tief, Voith), französische (Alsthom, C.C.I., Co-gelex-CGEE) und schweizerische (BBC) Firmen übriggeblieben sind. Die Fremdfinanzierungsmittel scheinen vor allem aus den Bankplätzen London (Barclays), Zürich und Paris zu stammen.

Diese Verflechtungen führen uns nun zurück auf die eingangs erwähnte Aktivität vieler wachsamer Gruppen in Europa, die eingesehen haben, dass der Kampf in den Metropolen seine Fortsetzung finden muss. Es gibt nun viele Kritiker dieser Gruppen, nicht wenige bürgerliche Schweizer Zeitungen inbegriffen, die Cabora Bassa als nützliches Entwicklungsprojekt darzustellen wagen, da dieses zweifellos neue Arbeitsplätze schaffe und Einkommen ins unterentwickelte Land bringe. In diesen Argumenten entschleiert sich nun jene neoliberale Ideologie, die alle menschlichen, politischen und ethischen Implikationen des Wirtschaftsgeschehens in den ausserökonomischen und daher nicht beachtenswerten Raum verdrängt. Sie stellt keine Frage danach, wem der Ertrag dieses Projektes letztlich zugute kommt, keine Frage danach, was in Moçambique weiter geschieht, wenn nun die weisse Herrschaft derart massiv gefestigt wird. Die Versicherungen einer schrittweisen Entlassung Moçambiques aus dem Kolonialstatus können kaum anders als ein dummes Gerede bezeichnet werden: jeder Beteiligte weiss genau, dass die Portugiesen und Südafrikaner nie investieren würden, wenn sie die Absicht hätten, den Schwarzen in einer nahen oder fernen Zukunft die Selbstbestimmung zu geben.

Cabora Bassa kann uns als Testfall dafür dienen, wie die Wirtschaftsinteressen der sogenannten freien Welt deren Politik bestimmen. Seit in Moçambique die internationalen Ölkonzerne mit der Erdölförderung begonnen haben, gibt es dort Hunderte von amerikanischen Beratern für die portugiesische Armee. Die Nato lieferte Hunderte von Flugzeugen und Helikoptern für den Buschkrieg in allen drei Kolonien. Die Schweiz, als EFTA-Partner Portugals, befleissigt sich einer rücksichtsvollen politischen Zurückhaltung in der Kolonialfrage, beliebt daneben als bedeutender Handelspartner, und liefert zuweilen Waffenteile für die ausbaubedürftige Armee. Gegen die Beteiligung von Zürcher Banken an der Finanzierung des Cabora-Bassa-Dammes können Bundesrat und Parlament auf Grund der Handels- und Gewerbefreiheit unserer liberalen Verfassung ebenso wenig unternehmen wie gegen die Lieferung von elektrischen Übertragungseinrichtungen der BBC. Durch die Öffentlichkeitsarbeit einiger Studentengruppen wurde der BBC lediglich die Möglichkeit verbaut, beim Bund um eine Exportrisikogarantie ihrer Lieferungen nachzusuchen, weil die öffentliche Meinung wahrscheinlich scharf dagegen reagiert hätte. Nun vernimmt man aber, dass die Exportrisikostelle der Bundesrepublik

Deutschland ein Gesuch um Garantierung von Zulieferungen von Cabora-Bassa-Investitionsgütern aus der Schweiz erhalten hat. Es findet sich immer ein Hintertürchen . . .

Es ist nicht auszuschliessen, dass sich in unserem Lande, gerade nach der erneuten Verurteilung des Projektes durch die OAU-Ministerkonferenz, neue Kräfte regen, die solche Geschäfte von Industrie und Banken an die Öffentlichkeit zerren – Geschäfte, die hochpolitische Angelegenheiten sind und über die informiert zu werden ein jeder Schweizer ein Recht hat. Die «Erklärung von Bern» hatte in einer öffentlichen Stellungnahme die Schweizer Beteiligung verurteilt, der «Christliche Friedensdienst», die Berner «Gruppe für Kirche und Gesellschaft» der evangelischen und römisch-katholischen Universitätsgemeinden und das Genfer «Mouvement Anti-Apartheid» haben ebenfalls früh Stellung genommen. Nun erwartet man seit einiger Zeit eine klare Stellungnahme des Vorstandes des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, der am 16. Juni in Glarus von seiner Abgeordnetenversammlung mit der Bearbeitung des Problems beauftragt worden ist. Offensichtlich haben etablierte Körperschaften schon beträchtlich mehr Mühe, sich mit einer profilierten Stellungnahme zu engagieren – eine Enttäuschung für die nach Freiheit und Gerechtigkeit dürstenden Menschen in der Dritten Welt. Rudolf H. Strahm

Nachtrag: «Wenn die Portugiesen Cabora Bassa bauen können, ist unser Kampf verloren.» Eduardo Mondlane, ermordeter Präsident der Frelimo-Befreiungsbewegung in Moçambique.

Aus «*Junge Kirche*» (September 1970)

Zu diesem Projekt schreibt «*Junge Kirche*» (September 1970):

«Unsere afrikanischen Freunde erwarten von uns viererlei:

1. dass wir das strategische Kräfteverhältnis nicht durch eine Beteiligung am Dammbau zugunsten der weissen Minderheitenregime verändern und damit den Konflikt verschärfen,

2. dass wir uns für eine schrittweise Verwirklichung der Menschenrechte in Moçambique und Angola einsetzen und die dafür eintretende Opposition in Portugal unterstützen sowie uns deutlich vom jetzigen Regime in Portugal distanzieren,

3. dass wir etwas für die Befreiungsbewegungen tun und zumindest private Organisationen ermutigen, deren Opfer durch humanitäre Hilfe zu unterstützen,

4. dass wir die Rhodesiensanktionen der Vereinten Nationen einhalten und uns deshalb nicht am Dammbau beteiligen, weil Rhodesien zum Bau Arbeitskräfte, Lebensmittel und Baustoffe liefert sowie später Strom abnehmen wird.

In Wirklichkeit wird hier ein neues Vietnam geschaffen – und gleichzeitig gründen wir Institute für Friedensforschung!